RC - BULLETIN

VIII/1969

DISKUSSIONS- UND INFORMATIONSBLATT

Republikanischer Club e.V. Berlin - 1 Berlin 15 - Wielandstraße 27 (II. Etage)
Telefon 883 40 75 / 76
PS Berlin West 1941 56

Redaktion:
Gudrun Neufert/Hartwig Marx
Matthias Pfüller/Sigi Stecher

Den 28. Mai 1969

Inhaltsverzeichnis

I. Zur Diskussion
1. Zur Funktion des Republikanischen Clubs in einem neuen Organisationskonzept
2. Möglichkeiten für Liberale
II. Aus den Arbeitskreisen
1. Marxistische Schulungsgemeinschaft
2. Auszüge aus dem Protokoll der letzten Delegiertenratsitzung
III. Auszüge aus der WAHRHEIT und Kommentar
IV. Veranstaltungen
1. Rezension
2. Veranstaltungskalender

I. Zur Diskussion

Wir möchten das BULLETIN VIII/1969 dazu benutzen, unseren Mitgliedern bisher erarbeitete Papiere zum Thema Organisationsfrage bekanntzugeben. In diesem Zusammenhang dürfen wir auf das von einem Redaktionskollektiv der Basisgruppen Wedding und Tegel erarbeitete paper hinweisen, das in der Nr. 14 der ROTEN PRESSE KORRESPONDENZ vom 23. Mai 1969 publiziert worden ist.

Um ein neues Organisationskonzept und eine Reorganisation des Clubs diskutieren zu können, muß die Entwicklung des Republikanischen Clubs seit seinem Bestehen berücksichtigt werden. Der Rechenschaftsbericht von Klaus Meschkat, der auf der 2. ordentlichen Mitgliederversammlung am 25. Mai 1968 von ihm vorgetragen wurde (im Sekretariat noch erhältlich) umreißt erstmals klar die Entwicklung des Clubs unter der "Ära Meschkat". Jörg Huffschmids Erklärung zur 2. a.o. Mitgliederversammlung im Januar 1969 enthält bereits wesentlich konkreter die Forderung nach Reorganisation des Clubs. Der Rechenschaftsbericht von Ulrich K. Preuß auf der 3. ordentlichen Mitgliederversammlung vom 26. März 1969 enthielt deutlich die Aufforderung, alte und liebgewonnene Vorstellungen über den Republikanischen Club endlich der Vergangenheit angehören zu lassen und die künftige Aufgabe des Clubs neuzubestimmen.

Die Notwendigkeit einer Neubestimmung der politischen Funktion des RC hat sich in den letzten Monaten und Wochen umso deutlicher gezeigt, je mehr praktische Ergebnisse und Konsequenzen in der Organisationsdebatte innerhalb der westberliner Linken deutlich wurden. Der Erfolg der - vom Republikanischen Club unterstützten - Maikampagne des

Sozialistischen Maikomitees hat dazu wesentlich beigetragen.

Der Vorstand des Republikanischen Clubs hat deswegen die Diskussion einer Neubestimmung der Funktion des RC eingeleitet und einen Ausschuß damit beauftragt, eine Stellungnahme zu erarbeiten. Dieses im folgenden abgedruckte Papier, dessen Inhalt vom Vorstand akzeptiert wurde, definiert die politische Funktion des Republikanischen Clubs wesentlich von den Bedürfnissen der - nicht im RC organisierten - arbeitenden Gruppen der Linken her. Daraus ergab sich die Notwendigkeit, diese Neukonzeption des RC zuerst mit eben diesen Gruppen zu diskutieren um feststellen zu können, ob das vom RC vermutete Interesse der Basisgruppen und anderer Gruppen an einer solchen Umfunktionierung des RC auch besteht. Denn eine Diskussion im RC allein, ohne vorherige Klärung dieser entscheidenden Frage, hätte völlig im luftleeren Raum stattgefunden (man denke an das Schicksal der vom Republikanischen Club initiierten "Winterkampagne").

Der RC-Vorstand hat deswegen an Pfingsten eben diese Gruppen - sowie eine begrenzte Zahl von Clubmitgliedern - zu einem Seminar eingeladen, um über die vorgeschlagene Neukonzeption des RC zu diskutieren. Das eindeutige Ergebnis war, daß die Basis- und andere Gruppen die Vorschläge des RC billigen und ernsthaft an ihrer Verwirklichung interessiert sind (Ein Bericht über das Seminar wird in der nächsten Ausgabe der ROTEN PRESSE KORRESPONDENZ erscheinen.).

Nach Klärung der Voraussetzungen müssen nun die Clubmitglieder den weiteren Weg des Republikanischen Clubs entscheiden. Die Diskussion darüber soll nach den Vorstellungen des Vorstandes an den nächsten Freitag-Abenden stattfinden, beginnend mit dem

Freitag, 30. Mai 1969 - 20 Uhr.

Sigi Stecher

1. Zur Funktion des Republikanischen Clubs in einem neuen Organisationskonzept

a) Zum gegenwärtigen Stand der Organisationsdebatte

Sowohl innerhalb der studentischen ad-hoc-Gruppen als auch in den Basisgruppen werden zur Zeit organisatorische Konsequenzen aus der bisherigen Arbeit diskutiert, da mit den bisherigen Arbeitsmethoden weder der Bereich "Theoretische Schulung/Praktische Arbeit" noch die Agitation der politisierten Jungarbeiter, Lehrlinge und Schüler zufriedenstellend geleistet wird, und weil - im studentischen Bereich - eine Antwort auf die Repressionsversuche des Senats gefunden werden muß.

An dieser Stelle sollen nun nicht die bisher vorgetragenen und diskutierten organisatorischen Vorstellungen der Linken nachgezeichnet werden, sondern es soll versucht werden, den Stellenwert des Republikanischen Clubs innerhalb der linken Bewegung zu definieren und von daher - im Rahmen der gegenwärtigen Diskussion - einen Anstoß zu geben und zu zeigen, daß der Republikanische Club unter bestimmten Voraussetzungen einen Beitrag zur Organisierung der Bewegung leisten könnte, der für die arbeitenden Gruppen vorwiegend technisch, für das eigene Selbstverständnis des Republikanischen Clubs allerdings durchaus inhaltlich ist.

b) Die politische Bedeutung des Clubs

Die Einschätzung des Republikanischen Clubs durch die politisch aktiven Gruppen zeigt sich derzeit darin, daß der Club weder vom INFI noch von den Basisgruppen als relevante politische Institution angesehen und in ein Organisationsmodell eingebaut wird. Die im folgenden dargestellte Entwicklung des Republikanischen Clubs beweist, daß diese Einschätzung in der Tendenz richtig ist, und daß der Club Gefahr läuft, das Schicksal aller abstrakten Organisationen zu teilen, das heißt in politische Bedeutungslosigkeit abzusinken.

Man muß daran erinnern, daß der Republikanische Club nach und wegen des Eintritts der SPD in die Große Koalition gegründet wurde und seinen Mitgliederstamm zum großen Teil aus Personen rekrutierte, die häufig mit der FDP liebäugelten oder eine neue Partei gründen wollten. Der Versuch dieser in der Überbauinstitution RC organisierten liberalen Mitglieder, eine ihnen entsprechende politische Konzeption durchzusetzen, wurde aber bald nach dem 2. Juni 1967 fallengelassen als deutlich wurde, welche politischen Gruppierungen tatsächlich Konzeptionen vorzuweisen hatten. Auch Ostern 1968 hat lediglich dazu beigetragen, daß die liberalen Mitglieder zwar die Richtigkeit der Politik der arbeitenden Gruppen anerkannten, aber nicht etwa in höherem Maße mitarbeiteten: die emotionale Empörung veranlaßte die meisten neuen Mitglieder der Außerparlamentarischen Opposition, d.h. dem Republikanischen Club beizutreten, den Monatsbeitrag zu zahlen, in Veranstaltungen ihre individuelle Meinung zu vertreten, aber in keiner Weise bereit zu sein, sich durch den Eintritt in Arbeitskreise oder über eine geänderte Berufspraxis zu organisieren. Das Verhältnis der Liberalen zum Club trübte sich zwar, als in der Huffschmid-Periode deutlich wurde, daß der Vorstand eine konsequent sozialistische Politik, also die sozialistische Praxis der arbeitenden Gruppen, unbeeindruckt von den Protesten aus dem liberalen (und traditionalistischen) Lager, unterstützte. Die Befürwortung der Aktion am Tegeler Weg, womit die Frage der Gewalt aktuell wurde und die Unterstützung der Demonstration zur Müllerstraße am 18. Januar 1969 (eine Entscheidung, die sich sowohl gegen die traditionell-reformistische und revisionistische Politik der SEW und gleichzeitig auch gegen die bürgerlich-parlamentarischen Vorstellungen der Liberalen wendete), haben eine gewisse Unruhe bei den Mitgliedern hervorgerufen. Die Erklärung des Vorstandes zur Aktion am Tegeler Weg führte darüber hinaus zur Einberufung einer außerordentlichen Mitgliederversammlung, in der der Vorstand eine (folgenlose) Abstimmungsniederlage einstecken mußte. In beiden Fällen war eine Reihe von Austritten zu verzeichnen.

Hinzu kommt eine weitere aber unbedeutendere Vertrauenskrise infolge der Kampagne des Clubvorstandes gegen den Berliner EXTRA-DIENST.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die Liberalen als größter Block innerhalb des Republikanischen Clubs nicht in der Lage gewesen sind, über eine Organisierung in Arbeitskreisen und Berufsgruppen eine eigene politische Kraft zu werden, daß das Vertrauensverhältnis zwischen ihnen und dem Clubvorstand in der Vergangenheit strapaziert wurde, daß sie aber - wie zum Beispiel die Wahlen auf der letzten Mitgliederversammlung zeigen, als ein, mit einer Ausnahme, antiautoritärer Vorstand gewählt wurde - in Ermangelung

eigener strategischer Vorstellungen und der offensichtlichen Borniertheit des anderen tendenziellen Bündnispartners (der Traditionalisten) in zunehmenden Maß die Richtigkeit der Politik des Clubvorstandes anerkennen - eine Einschätzung, zu der auch der offensichtliche Erfolg der Maikampagne etwas beigetragen hat.

Bekanntlich legten die Gründer des Republikanischen Clubs großen Wert darauf, die antikommunistischen Verhaltensstrukturen (auch unter den Linken) in Westberlin abzubauen und die SED-Westberlin aus ihrem Getto herauszubringen. Folgerichtig traten auch einige SED-Mitglieder in den Club ein. Diese und ihre Anhängerschaft (bekannt als Fraktion der Traditionalisten) sind zwar zahlenmäßig im Club nicht sehr stark (etwa 50), jedoch haben sie es verstanden, sich zu organisieren und vor allem der Arbeitskreis Agitation und Propaganda konnte häufig, zuletzt zum Beispiel durch die Unterstützung der SEW-Maidemonstration, die Aufmerksamkeit auf sich lenken.

Da die Bemühungen dieser Fraktion, zum Beispiel nach der Tegeler Weg-Aktion den Club auf ihre konzeptionellen Vorstellungen zu verpflichten vergeblich waren und sie auch bei den letzten Vorstandswahlen faktisch erfolglos waren, sich außer dem für sie die "Drehscheibe" als neuer Stützpunkt und der EXTRA-DIENST als theoretisches Organ anbietet, ist kaum anzunehmen, daß auf die Dauer (zumindest für die "Quasi-Funktionäre") der Republikanische Club mehr als eine taktische Funktion haben wird. Eine realistische Politik gegenüber diesem Flügel im RC bedeutet, die revisionistische Praxis ihres Bündnispartners (der SEW) aufzuzeigen und darüber hinaus eine inhaltliche und organisatorische Alternative anzubieten, denn viele Mitglieder stehen nur durch das Fehlen geeigneterer Organisationsformen der Politik der SEW nahe.

Der "antiautoritäre" Teil der Mitgliederschaft ist ebenfalls nicht sehr groß. Denn die Überbauorganisation RC war nicht in der Lage, das Theorie/Praxis-Verhältnis befriedigend zu lösen. Die meisten Aktiven arbeiten hauptsächlich in anderen Bereichen und sind a u c h RC-Mitglieder. Zwar sind im Lauf des letzten halben Jahres aktive Mitglieder (Lehrlinge und Schüler) in den Republikanischen Club eingetreten, die in Arbeitskreisen (etwa der Marxistischen Schulungsgemeinschaft) arbeiten und sich an Aktionen beteiligen, dies ist aber in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß es bisher an einer geeigneteren Auffang-Organisation mangelt.

Das Dilemma des Republikanischen Clubs ist also das Fehlen einer wirklichen Basis. Deshalb mußten Versuche wie über die Initiierung einer Winterkampagne (50 Jahre Konterrevolution sind genug) einen Beitrag zur Organisierung der Bewegung zu leisten, genauso scheitern wie der Versuch, eigenständig massenmobilisierende Aktionen (Kampagne zum CDU-Parteitag etc.) einzuleiten. Ebenso sind Projekte, die ein festes Bündnis mit den Liberalen voraussetzen (z.B. die Einrichtung eines Presseinstituts etc.) nicht zuletzt deshalb gescheitert, weil die liberale Öffentlichkeit als politischer Faktor heute nicht mehr existent ist. Eine Ausnahme dürfte hier nur die "Berliner Rechtshilfe" sein.

Wichtig geworden ist dagegen in den letzten Monaten immer mehr - vorangetrieben durch die Politik des Vorstandes und gebilligt durch die Mehrheit der RC-Mitglieder - die Stützpunktfunktion

des RC für die arbeitenden Gruppen außerhalb des Republikanischen Clubs.

Der Begriff "Stützpunkt" umfaßt:
Sowohl Überlassung von Räumen an verschiedene arbeitende Gruppen (Aktionsrat der Frauen, Kindergärtnerinnen, Projektgruppe Jugendkommunen, WiSo-ad-hoc-Gruppe, Marxistische Schulungsgemeinschaft, Bundeswehrarbeitskreis, Basisgruppensitzungen, ad-hoc-Gruppen-Seminare u.ä.)
als auch finanzielle Unterstützung verschiedener Gruppenaktivitäten (Finanzierung des Vietnam-Kongresses, des Internationalen Basisgruppenseminars, der Maikampagne sowie die Bereitstellung technischer Einrichtungen und anderer Materialien),
aber auch eine Kampagne gegen die Berichterstattung des EXTRA-DIENSTES, die immerhin zum Ergebnis hatte, daß die arbeitenden Gruppen heute ein Blatt haben, mit dessen Hilfe die Organisierung vorangetrieben werden kann.

c) Die Alternative: Ausbau der Stützpunktfunktion

Der Beitrag des Republikanischen Clubs zur weiteren Organisierung der Bewegung würde unserer Meinung nach bedeuten, diese Stützpunktfunktion wesentlich dadurch zu erweitern, daß der RC seine Politik mehr als bisher an den Vorstellungen der arbeitenden Gruppen orientiert. Das würde ermöglichen: Prinzipielle Verbesserung der gegenseitigen Information über die Koordination der Arbeit der Basis- und ad-hoc-Gruppen mit Hilfe der zur Verfügung gestellten und noch zu erweiternden technischen und finanziellen Hilfsmittel und Ressourcen des RC; außerdem könnte von einem Zentrum her die Zentralisierung der zur Zeit noch vereinzelt durchgeführten Arbeiten in puncto technischer Hilfe (Rechtshilfe, "Rote Hilfe", Arbeits- und Wohnraumbeschaffung u.ä.) organisiert werden.

Für den Republikanischen Club selbst würde sich folgende Neubestimmung ergeben: Nicht mehr Auffangbecken sondern vorgelagerte Durchgangsstation zur Basis zu sein. Erst so kann die Arbeit der Gruppen und Arbeitskreise im RC, die Funktion von Veranstaltungen von ihrer Perspektivelosigkeit gelöst und in neuem Umfang überhaupt erst politisch sinnvoll gemacht werden.

Die Aufgaben dieser vorgelagerten Durchgangsstation wären:

1. Wie bisher Sammlung anpolitisierter Personen und Gruppen in Überbaubereichen, die nun durch die Verklammerung mit den arbeitenden Gruppen erst eine Funktion erhält.
2. Organisation der Überbauberufe, und zwar gerade im Hinblick auf Ergänzung und Verstärkung der Aktionen, die von Universitäts- und Basisgruppen geplant und unternommen werden.
3. Intensivierung der politischen Bildung und Fortbildungsarbeit sowohl in Gruppen des Typs der Marxistischen Schulungsgemeinschaft als auch durch die Durchführung von seminar-ähnlichen Veranstaltungen.

d) Technische Details

Falls dieses Konzept die Zustimmung durch die angesprochen Gruppen erhält, würde der Republikanische Club baldmöglichst seinen Jugendstil-Palast in der Wielandstraße aufgeben und ca. 2.000,-- DM

Monatsmiete für Räume zahlen, die der Lage und Ausstattung nach den Bedürfnissen der arbeitenden Gruppen entsprechen. Das heißt, der Club wird an dem Ort sein und damit auch den Ort bestimmen, an dem das Zentrum der politischen Arbeit entsteht.

Dieses Zentrum der arbeitenden Gruppen, in dem der Club als Mieter auftreten und einige Räume für sich beanspruchen wird, ansonsten aber vollständig den arbeitenden Gruppen zur Verfügung steht, sollte zwar in einem Arbeiterviertel, aber dennoch verhältnismäßig zentral liegen (Moabit, Charlottenburg etc.).

Das Haus, die Fabrikhalle bzw. ein altes Kino sollten ca. 2.000 qm Wohnfläche haben, damit neben den Büros, den Räumen für Besprechungen, Arbeitskreise, Seminare, Druckerei etc. auch ein großer Veranstaltungsraum (300 - 400 Personen) zur Verfügung steht. Daneben ist zu überlegen, ob nicht z.B. im Keller eine Kneipe und eine Buchhandlung eingerichtet werden, beides Projekte, die sehr wahrscheinlich Gewinn bringen würden.

Selbstverständlich können die Kosten für die Einrichtung dieses Zentrums, dessen Vorteil auf der Hand liegt, nur über eine intensive Kampagne eingebracht werden, wobei möglichst viele Organisationen und Einzelpersonen angesprochen werden sollten (es muß allerdings unmißverständlich klargemacht werden, daß finanzielle Unterstützung des Projekts nicht mit politischer Einflußnahme gleichzusetzen ist).

e) Resonanz und Aussichten der Verwirklichung

Ohne Zweifel wird den Clubmitgliedern einleuchten, daß sie ihre Mittel im Rahmen eines solchen Stützpunktprojektes gezielter einsetzen können, als das bisher der Fall war. Wenn sie ernsthaft an einer gesamt-gesellschaftlichen Emanzipation interessiert sind, wird ihnen die Mitarbeit, die Teilnahme bzw. die Unterstützung eher plausibler als vorher erscheinen.

Den Liberalen wird zudem ermöglicht, wozu sie bisher aus den verschiedensten Gründen nicht in der Lage waren, nämlich eine Verbindung zur Praxis, die ihrem Erkenntnisinteresse im bisher wahrscheinlich höchsten Maße Rechnung trägt.
Widerstand innerhalb des Republikanischen Clubs ist höchstens von der Gruppe der Traditionalisten zu erwarten, da deren Einfluß im Rahmen der neuen Konzeption auf sein tatsächliches Maß sich reduzieren würde.

Wenn der Club seine Räume aufgibt und sichtbar die arbeitenden Gruppen unterstützt - somit einen für das Verständnis der arbeitenden Gruppen vorrangig technischen, für sein eigenes Verständnis hingegen durchaus inhaltlichen Beitrag zur Organisierung leistet - und dieser Beitrag des RC von einer schnellen Organisierung der arbeitenden Gruppen begleitet wird, bestätigt sich damit, daß dieser Schritt für den RC und die arbeitenden Gruppen notwendig und richtig war.

RC-Vorbereitungskollektiv
für das Seminar

Anhang

A) Berufsstatistik der Mitglieder des RC e.V.
ausgewertet wurden Angaben von 366 Mitgliedern:

I.	Akademiker		
	1. Naturwissenschaftler		
	a) Biologen, Chemiker, Physiker, Mathematiker	9	ca. 2,2 %
	b) Architekten, Ingenieure, Techniker	27	ca. 7,4 %
	c) Mediziner, Psychologen	7	ca. 1,7 %
	2. Geisteswissenschaftler		
	a) Theologen, Philosophen, Germanisten, Historiker, Politologen, Soziologen	39	ca. 10,8 %
	b) Wirtschaftswissenschaftler (Volkswirte, Betriebswirte)	10	ca. 2,6 %
	c) Juristen	20	ca. 5,5 %
	3. Lehrer	17	ca. 4,7 %
II.	Studenten	72	ca. 19,8 %
III.	Lehrlinge und Schüler	24	ca. 6,6 %
IV.	Arbeiter (manuell)	31	ca. 8,7 %
V.	untere Angestellte und soziale Berufe	27	ca. 7,3 %
VI.	höhere Angestellte (Kaufleute, Beamte, Bibliothekare	18	ca. 4,9 %
VII.	Journalisten, Schriftsteller	44	ca. 12,2 %
VIII.	Künstler, (Bildhauer, Maler, Schauspieler etc.)	16	ca. 4,3 %
IX.	Sonstige	5	ca. 1,4 %

B) Mitgliederstatistik

Der Club hat zur Zeit ca. 820 eingeschriebene Mitglieder. Davon 712 in Westberlin lebende und 108 Westdeutsche und Ausländer. Von diesen 820 Mitgliedern erhalten 749 das RC-Bulletin und andere Clubrundschreiben regelmäßig. Die Zahl von 71, die das BULLETIN und Rundschreiben nicht erhalten, kommt dadurch zustande, daß diese Mitglieder entweder unbekannt verzogen sind, die BULLETINs also von der Post zurückgeschickt werden oder daß sie Beitragsrückstände von über DM 200,-- haben. Außerdem bekommen das RC-BULLETIN noch eine Reihe von westdeutschen Organisationen und Einzelpersonen zugeschickt, die keine Clubmitglieder sind.

C) Austritte und Eintritte seit dem 1. September 1968

1. Austritte

In der Zeit vom 1. September 1968 bis zum 15. Mai 1969 sind insgesamt 84 Mitglieder des Republikanischen Clubs ausgetreten. Davon 22 mit politischen Begründungen (d.h. ihnen gefiel die Club-Politik nicht mehr). 57 Mitglieder traten aus unpolitischen Gründen oder ohne Angabe von Motiven aus. 5 Mitglieder wurden auf Beschluß des Vorstandes aussortiert.

Von den damit 79 Austritten läßt sich folgende Statistik erstellen:

Im September 1968 traten	9	Mitglieder aus.
Im Oktober 1968	8	Mitglieder,
im November 1968	17	Mitglieder,

im Dezember 1968	7 Mitglieder,
im Januar 1969	11 Mitglieder,
im Februar 1969	11 Mitglieder,
im März 1969	11 Mitglieder,
im April 1969	5 Mitglieder,

im Mai sind bisher 3 Mitglieder ausgetreten, die aber in der Liste zahlenmäßig noch nicht erfaßt sind, da ihr Austritt noch nicht bestätigt worden ist.

2. Übersicht der Neu-Mitglieder seit dem 1. September 1968

Insgesamt sind seit dem 1. September 1968 bis zum 15. Mai 1969 121 Mitglieder neu hinzugekommen. Davon entfallen 106 auf Berliner Mitglieder und 15 auf Westdeutschland. Die Eintritte schlüsseln sich folgendermaßen auf:

September 1968	3 Mitglieder,
Oktober 1968	8 Mitglieder,
November 1968	14 Mitglieder,
Dezember 1968	8 Mitglieder,
Januar 1969	3 Mitglieder,
Februar 1969	22 Mitglieder,
März 1969	31 Mitglieder,
April 1969	15 Mitglieder,
Mai 1969	20 Mitglieder.

In der Berufsstatistik sieht die Aufschlüsselung folgendermaßen aus:

I. Akademiker	
1. Naturwissenschaftler	
a) Biologen, Chemiker, Physiker und Mathematiker	1
b) Architekten, Ingenieure, Techniker	8
c) Mediziner, Psychologen	1
2. Geisteswissenschaftler	
a) Theologen, Philosophen, Germanisten, Historiker, Politologen, Soziologen	4
b) Wirtschaftswissenschaftler (Volkswirte, Betriebswirte)	1
c) Juristen	2
3. Lehrer	4
II. Studenten	25
III. Lehrlinge und Schüler	21
IV. Arbeiter (manuell)	10
V. niedrige Angestellte und Soziale Berufe	16
VI. höhere Angestellte, Kaufleute, Beamte, Bibliothekare	6
VII. Journalisten, Schriftsteller	9
VIII. Künstler (Bildhauer, Maler, Schauspieler etc.)	3
IX. Sonstige oder ohne Berufsangabe	10

2. Möglichkeiten für Liberale

Es wird Zeit, die Folgerungen zu bedenken, die aus einer Neubestimmung des Clubs für Liberale und von Liberalen zu ziehen sind. Überlegungen dieser Art betreffen hauptsächlich die Frage der Organisation, das Problem der Aktionen und des Widerstands sowie der wei-

teren Arbeit in den etablierten Institutionen - betrachtet jeweils unter dem Blickwinkel einer ständigen Verbreiterung der außerparlamentarischen Basis und eines widerspruchsvollen Kurses der Ländergremien wie der Bundesregierung in fast allen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen.

Welche Aussichten bestehen heute überhaupt noch für eine liberale Position? Von links her gesehen kaum noch eine nennenswerte Aussicht: "liberal" zu sein heißt, von daher gesehen, nur noch, in ein Durchgangsstadium eingetreten zu sein, das weiter nach links hin führt. Das läßt sich folgendermaßen beschreiben: wer liberal wird, d.h. sich aus der Bewußtlosigkeit in Bezug auf gesellschaftliche Probleme löst, wer beginnt, diese Probleme skeptisch und distanziert zu betrachten, der sieht sich Widersprüchen ausgesetzt, die sowohl diese allgemeinen Fragen als auch seine eigene Position kennzeichnen.

Für den Liberalen selbst - vor allem für den noch jungen Liberalen - ergeben sich die Widersprüche der liberalen Position daraus, daß das gesellschaftliche Gleichgewicht sich in erkennbarer Weise verlagert hat, ja gestört ist: diejenigen, die für die allgemeinen Mißstände in Gesellschaft, Staat, Politik, Kultur, Wirtschaft usw. verantwortlich sind, haben eindeutig zu erkennen gegeben, daß sie diese Mißstände nicht ändern können oder ändern wollen. Gleichzeitig hat sich "der Apparat", "das System", "die Parteibürokratie" - oder wie immer man die im pluralistischen Staat handelnden Verbände insgesamt oder einzeln bezeichnen möchte -, als undurchlässig erwiesen für diejenigen, die etwas ändern wollen.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung erscheint die Mitarbeit in der Außerparlamentarischen Opposition selbstverständlich; legitim war sie schon immer - nur das Problem ihrer Wirksamkeit war in der Vergangenheit ungelöst. Heute dagegen ist nicht mehr zu übersehen, daß es durchaus Möglichkeiten gibt, im außerparlamentarischen Raum und direkt an der Basis Einfluß auszuüben: vor allem in Basis-, Betriebs- und ad-hoc- oder Projekt-Gruppen, von denen es immerhin bereits eine ansehnliche Zahl gibt. -
Mit der Existenz solcher Gruppen ergeben sich weitere Probleme, die das echte Problem der liberalen Position erst recht deutlich werden lassen: liberal zu sein war bisher nur im sogenannten "Überbau" der Gesellschaft möglich, und die entschiedenere Opposition hat sich in diesem Raum (aus verschiedenen, hier nicht zu diskutierenden Gründen) zuerst herausgebildet. Zu den Organisationen dieser Opposition sind andere getreten, die auch an der Basis arbeiten, genauer gesagt: die die Konsequenz aus der Gefährdung, dem ständig drohenden, durch innere Brüchigkeit möglich erscheinenden Scheitern gezogen haben und sich denjenigen anschließen, die von einer Änderung im Sinne der Opposition hauptsächlich betroffen wären - den Arbeitern und den - bezeichnenderweise sogenannten! - "kleinen" Angestellten.

Es scheint schwer möglich, die Arbeit der Basis- und Betriebsgruppen n i c h t als Konsequenz und Weiterführung, vielleicht sogar als Überwindung der Opposition im Bereich des Überbaus zu betrachten. Die Stringenz dieser Entwicklung verweist aber darauf, daß die Arbeit in den etablierten Institutionen von einer Ambivalenz für den Liberalen charakterisiert ist, die ihn dazu nötigt, sich entweder von der Arbeit in diesen Institutionen korrumpieren zu lassen - oder zu opponieren. Da der Liberale aber zu nichts anderem erzogen worden ist als gerade zu dieser Arbeit, wird ihm die Entscheidung deswegen sauer, weil er meist nicht erkennen kann, was er tun soll und wozu er imstande ist.

Hier bieten sich zwei miteinander eng verbundene Möglichkeiten an. Die eine ist die, systeminterne, oppositionelle Berufsorganisation zu schaffen, die die alten Fehler der elitären Standesorganisationen vermeiden und bekämpfen können. Hier hat die außerparlamentarische Opposition die ersten Ansätze geschaffen, teilweise auch schon fortentwickelt. (Es ist sehr bezeichnend, daß die spontane Organisation dann umfassender wird, je mehr man die "soziale Pyramide" nach "unten" steigt: Die Bereitschaft zur Selbstorganisation ist bei Sozialarbeitern und Kindergärtnerinnen wesentlich größer als beim Mittelbau der Universitäten beispielsweise oder den gehobeneren Angestellten in der "freien" Wirtschaft und in den Behörden...)

Die andere Möglichkeit ist die der - ebenfalls systemintern bleibenden - subversiven Kooperation: dazu sehen sich die liberalen übrigens ebenso gezwungen wie die Sozialisten. Da man ja genötigt ist, in der Zeit einer gerade eben latenten Aktualität der Revolution (oder vielleicht auch "nur" der Revolte à la Pariser Mai) vorläufig noch auf die Rolle des Berufsrevolutionärs und Metropolen-Guerillas zu verzichten und die für die Linke mitunter wichtige physische Reproduktion zu sichern, muß man wohl oder übel Geld verdienen. Niemand zwingt jedoch dazu, bei dieser nützlichen Tätigkeit sich affirmativ gegenüber den herrschenden kapitalistischen Versagern in gesellschaftlich wichtigen Fragen zu verhalten, und niemand zwingt einen Liberalen dazu, seine Verachtung dann, wenn sie die Züge der systeminternen "großen (oder kleinen) Weigerung" trägt, auch offen bekanntzugeben.

Wenn sich nun im Rahmen einer Reorganisation des Clubs die Möglichkeit ergibt, eine solche Arbeit der oppositionellen Berufsorganisation und der subversiven Kooperation im Bereich des Überbaus zu leisten und sie mit der Arbeit der Basisgruppen soweit zu koordinieren, wie das überhaupt möglich ist, dann gibt es wohl kaum noch einen Grund, nicht mitzuarbeiten.

Für die allerentschiedensten Linken ist dabei eine Bemerkung vielleicht angebracht: die "liberalen Scheißer" haben bisher in manchmal nicht geringem Maße Nützliches geleistet. Man sollte sich hin und wieder daran erinnern, daß man nicht als Super-Sozialist geboren wird, und hier in der Bundesrepublik und in Westberlin schon gar nicht. Eine gründliche Analyse ergibt noch immer, daß die liberale Intelligenz im Verlauf der Entwicklung der Produktivkräfte dazu gezwungen wird, Stellung zu beziehen, und daß sie sich dann spalten wird. Auf die einen, die zur herrschenden Clique überlaufen werden, können wir ohnehin verzichten. Die anderen aber, die irgendwann "zum theoretischen Verständnis der ganzen geschichtlichen Bewegung sich hinausgearbeitet" haben werden - und zwar a l s E i n z e l n e sich hinaus gearbeitet haben werden -, die sollte man behutsam und sorgfältig darin unterstützen. Sie nur ständig zu beschimpfen, ist Unsinn: "Dies ist eine objektive Sachlage, deren Verkennung schwere Fehler nach sich gezogen hat - und noch nach sich ziehen wird. ... viele Intellektuelle sind gute, sind mitunter die besten Vorkämpfer der Revolution".

Matthias Pfüller

II. Aus den Arbeitskreisen

1. Marxistische Schulungsgemeinschaft

Erfahrungsbericht der Marxistischen Schulungsgemeinschaft - Donnerstag-Gruppe - 20 Uhr

Am 17. Februar 1969 konstituierte sich die Marxistische Schulungsgemeinschaft (MSG) in mehreren Gruppen. Wir veröffentlichen jetzt einen ersten Bericht über unsere Arbeit, um uns der Diskussion und Kritik zu stellen und um weitere Genossen zu gewinnen, die ihre Kenntnisse der marxistischen Theorie erweitern möchten, von der Existenz der MSG aufgrund der nur sporadischen Mitteilungen jedoch nichts wissen.

Unser Vorhaben ist die Erarbeitung systematischen Wissens des Marxismus-Leninismus im Kollektiv. Voraussetzung war ein Bedürfnis nach möglichst weit gefächertem Grundwissen, da bei uns nur minimale Kenntnisse vorhanden waren. Da uns die Mentoren fehlen, was mehrheitlich begrüßt wird, werden die einzelnen Themenkreise an Hand von Literatur, die von den einzelnen Gruppen autonom ausgewählt wird, erarbeitet. Wir kamen darin überein, daß jeder die ausgewählten Texte privat studiert, woran sich jeweils Diskussionen (siehe unten) anschließen, um im Kollektiv auftauchende Fragen zu klären, Praxisbezüge herzustellen usw.

Inhaltlich sind wir noch nicht sehr weit fortgeschritten. Wir lasen Ernest MANDEL, Einführung in die marxistische Wirtschaftstheorie, Verlag Neue Kritik, und lesen zur Zeit MARX/ENGELS-FEUERBACH, Gegensatz von materialistischer und idealistischer Anschauung.

Es ließen sich bereits einige organisatorische Probleme erkennen:

1. Methode der Reproduktion des Erarbeiteten im Kollektiv. Wir unternahmen verschiedene didaktische Versuche, eine bestmögliche Arbeitsform zu finden:
   a) Vortragen des erarbeiteten Lesestoffes in Form eines Kurzreferats mit anschliessender Diskussion;
   b) Zusammenfassen der Texte auf Schautafeln, was jedoch objektgebunden ist; so war es z.B. bei dem Text von MANDEL durchführbar, bei dem Text von MARX/ENGELS wegen der komplizierten Zusammenhänge nicht;
   c) Diskussion ohne vorherige Einführung, Aufstellen von Thesen, Erarbeitung von Gegenwartsbezügen.
2. Fluktuation der Gruppenmitglieder, hervorgerufen durch Aktivitäten außerhalb der MSG und durch die unterschiedlichen Ferienzeiten der Genossen.
3. Koordinierungsprobleme bei Vorträgen, die speziell für die MSG angesetzt wurden.
4. Wegen der geringen Teilnehmerzahlen insbesondere aus den anderen Gruppen Versagen des monatlichen Plenums, das wir als integrierten Bestandteil unserer Arbeit betrachten. Hier sollen durch regelmäßige Zusammenkunft die Vereinzelung der Gruppen aufgehoben werden, die Gruppen über in-

haltliche, didaktische und organisatorische Fragen diskutieren und für die MSG Beschlüsse gefaßt worden. Der Delegierte der MSG beim Delegiertenrat des Republikanischen Clubs berichtet vor dem Plenum und erhält hier seine Legitimation.

Für unsere weitere Arbeit steht zur Zeit folgende, jederzeit zu erweiternde Liste von Literatur zur Diskussion:
Karl MARX: Kritik der Politischen Ökonomie.
Kapital und Profit.
MARX/ENGELS: Kommunistisches Manifest (als Pflichtlektüre).
Werner HOFMANN: Geschichte der sozialen Bewegung.

Als Fernziel wollen wir, nachdem wir uns einiges Grundwissen angeeignet und einen Überblick über die marxistische Theorie gewonnen haben, entsprechend der individuellen Bedürfnisse das Grundwissen auf einzelnen Gebieten in neu zu bildenden Gruppen vertiefen.

Unseres Wissens arbeiten zur Zeit die folgenden Gruppen der MSG:
Mittwoch, 20 Uhr im Republikanischen Club
Donnerstag, 19 Uhr im Lokal "Zur Brück", Lessingstraße
Donnerstag, 20 Uhr im Republikanischen Club
Sonntag, 20 Uhr im Republikanischen Club.

"Das gesellschaftliche Sein der Menschen bestimmt ihr Denken. Sobald die richtigen Ideen, die die fortschrittliche Klasse repräsentieren, von den Massen beherrscht werden, werden sie zur materiellen Gewalt, welche die Gesellschaft und die Welt umgestaltet."

Mao Tse-Tung.

Donnerstaggruppe der MSG im RC.

2. Auszüge aus dem Protokoll

der Delegiertenratsitzung vom 15. Mai 1969

Tagesordnung

1. Bericht der MSG über ihre Arbeit
2. Beantwortung der Frage des RC-Vorstandes, ob Konsequenzen aus dem Beschluß vom 17.4. des DR zur Maidemonstration gezogen worden sind.
3. ...
4. Verschiedenes.

Roessler und v.Krueger berichteten kurz über die Entstehung, das Vorhaben und die Schwierigkeiten, insbesondere bei der kollektiven Erweiterung von Kenntnissen über den Marxismus, der MSG. Siehe dazu auch die obige Selbstdarstellung, die in "883" Nr. 14 vom 16. Mai 69 abgedruckt war.
Über diese Selbstdarstellung hinausgehend berichteten die beiden Genossen, daß die Gründungsmitglieder Wedepohl, von Spall und von Rohde praktisch aus der aktiven Arbeit in der MSG ausgeschieden sind. Etwa die Hälfte der MSG-Mitglieder arbeite zusätzlich noch in Basisgruppen und stelle so die Verbindung zur Basis dar. Weiter wurde berichtet, daß sich erhebliche Kommunikationsschwierigkeiten in den Gruppen (zur Zeit sind es 4), von Gruppen untereinander und nach außen ergeben haben. An diesem allgemeinen Problem der APO entwickelte sich eine längere Diskussion im DR, bei welcher folgende Standpunkte (stark verkürzt) vertreten wurden:

Pfüller berichtete, daß er seit kurzem Vorträge über marxistische Theorie in verschiedenen AK's hält und demnächst Agitation und Propaganda sowie Politische Theorie besuchen wird. Er schlägt diese

Arbeitsweise zur besseren Kommunikation der MSG und anderen AK's vor.

Roessler (MSG) sieht eine M glichkeit in größeren Veranstaltungen, die von Zeit zu Zeit abzuhalten wären, zu denen man Sachautoritäten z.B. der marxistischen Theorie einlädt und sie mit Thesen konfrontiert, die in der MSG erarbeitet worden sind, um dann wieder in der Gruppe daran weiter zu arbeiten.

Kadritzke stellt eine Verbindung der beiden Vorschläge (Pfüller/Roessler) her und regt an, diesen Veranstaltungen einen Seminarcharakter zu geben.

Marx (RC-Bulletin) weist in diesem Zusammenhang auf die Vorzüge der Arbeitsteilung hin, die schon im Ansatz in der Sonntags-Gruppe der MSG realisiert worden sei.

Sörgel meint, die MSG sei bisher der einzige AK, der Theorie vermittelt habe. Ihm müsse eine ungeheure Bedeutung beigemessen werden, denn in der nächsten Zeit wird es dringend nötig sein, die Schulung von Lehrlingen und Jungarbeitern wirksamer zu gestalten.

Volgmann (Pol.Theorie) berichtet, daß in seinem AK schon seit ca. 2 Jahren an dem Problem der Schulung von Jungarbeitern gearbeitet worden sei und zum Teil Erfolge verzeichnet werden konnten. Er appelliert an die Delegierten, sich mehr an den Realitäten zu orientieren.

Sörgel ist davon überzeugt, daß Veranstaltungskalender, die hauptsächlich das Konsumbedürfnis der Linken befriedigen, in naher Zukunft überflüssig werden, da sich die Arbeit mehr und mehr in Form von Seminaren abwickeln wird.

Zu der Frage des Vorstandes wurde festgestellt: Es lassen sich kaum Sanktionen denken, Arbeitskreise zu zwingen, die Beschlüsse des DR auch durchzuführen. Ein Ausschluß aus den DR ist in den Beschlüssen betr. Kompetenzen der DR vom 6. Jan. 1969 aus solchen Gründen nicht vorgesehen.
Außerdem wurde von einigen Delegierten erwähnt, daß ohnehin fast alle im DR vertretenen AK's an der Mai-Demonstration im Norden von Berlin teilgenommen haben.

.....

Gyselinck, der die Geschäftsführung des DR in den vergangenen Wochen gemacht hat, weil die damit beauftragten Genossen einfach nicht erschienen sind, mahnt die Delegierten, die Geschäftsführung jeweils wahrzunehmen (Rotationsverfahren). Mit der allgemeinen Schlamperei, Nachlässigkeit und Gleichgültigkeit muß unbedingt sofort Schluß gemacht werden!

Die nächste Sitzung finden - wie üblich - in 14 Tagen am 29. Mai 1969 statt. Vorschläge für die Tagesordnung: 1. Funktion des DR., 2. Mitarbeit des DR am RC-BULLETIN.
Berlin, den 17. Mai 1969 Heinz Seidel (IdK Berlin)

II

III. Auszüge aus der WAHRHEIT und Kommentar

17./18. Mai 1969 - Seite 4 "Faire und sachbezogene Kritik erforderlich" - Anmerkungen zu einer Diskussion im Republikanischen Club.

.....

Man muß fordern, daß die Genossen der antiautoritären Linken, die uns kritisieren, sich ganz konkret mit dem auseinandersetzen, was wir sagen, und die zahlreichen Veröffentlichungen, die wir zu bestimmten Fragen in unserer Parteizeitung bringen, auch lesen und ihre Kritik dann

sachbezogen anbringen. Mit Pauschalurteilen können wir nichts anfangen.

Außerdem: Wie kommt der Genosse Mahler dazu, unsere Partei und damit auch mich als revisionistisch und reformistisch abzuqualifizieren, derselbe Mahler, der mich noch im vorigen Jahr bei einem politischen Prozeß in Moabit verteidigte und der das mit keinen schlechten politischen Argumenten tat? Was ist mit ihm passiert, daß er jetzt zusammen mit anderen "antiautoritären" Genossen diffamiert und verleumdet?

Ich glaube, wir müssen an dieser Stelle über die persönliche Haltung sprechen, die jemand im politischen Kampf zeigt. Auf demselben Diskussionsabend gab es eine sehr bezeichnende Szene: der Genosse Füller (Pfüller: die Red.) "zerpflückte" ein Flugblatt, das unser Genosse Klaus Biastoch als Antwort an die RC-Mitglieder Müller und Schmidt verfaßt hatte, die unsere Partei heftig und in höhnischer Weise angegriffen hatten. Der intellektuelle Füller verfuhr mit dem Arbeiter Biastroch so, wie es Konterrevolutionäre tun: er stellte ihn als dumm hin und fuhr ihm über den Mund. Sprachlich sehr gewählt und scheinbar ohne Mühe, meinte er, den Arbeiter Biastoch aufs Kreuz zu legen, denselben Arbeiter, den die Herren Ausbeuter der Firma Siemens kürzlich wegen seiner politischen Aktivität im Betrieb entlassen und seines Arbeitsplatzes beraubt haben.

Der intellektuelle Füller befand sich hier eindeutig in einer Einheitsfront mit den Unternehmern. Und dieser Intellektuelle, der der Arbeiterklasse angeblich den mühsamen Umweg über die Mitbestimmung zur Arbeiterkontrolle durch die Losung "Selbstbestimmung" ersparen will, schafft es nicht einmal, mit einem jungen klassenbewußten, kämpferischen und gemaßregelten Arbeiter in Verbindung zu kommen und fair zu diskutieren. Was der Intellektuelle Füller nicht bewältigte, schafften übrigens die Kollegen der Abteilung des Genossen Biastoch: er erzählte mir, daß sich etwa 50 Kollegen, auch antikommunistsch eingestellte Arbeiter und "BZ"-Leser, mit ihm solidarisiert und ihren Protest ausgedrückt hätten.

Eine persönliche Grundhaltung wird von jedem Genossen in unserer Partei gefordert, die ein großer Teil der kleinbürgerlichen Linken aufgrund seiner Erziehung und psychischen Entwicklung offenbar nicht einnehmen kann. Die psychischen Eigenschaften, die notwendig für ein funktionsfähiges, kollektives Dasein sind, stehen im Gegensatz zu denen gewisser kleinbürgerlicher Linker, die sich durch narzißtische Eitelkeit, Unaufmerksamkeit, Ungeduld und Intoleranz auszeichnen. Wenn wir revolutionäre Geduld und Konsequenz, Orientierungssinn und Besonnenheit, Aufrichtigkeit und Toleranz von uns fordern und in uns zu entwickeln versuchen, so sind diese Eigenschaften lebensnotwendig für unsere Organisation. Nur so ist eine fruchtbare kollektive, revolutionäre Arbeit möglich.

.....

.....

Ich meine, bevor einige "antiautoritäre Linke" unsere politische Arbeit in Grund und Boden kritisieren, bevor sie uns die revolutionäre Aufrichtigkeit absprechen, sollten sie selbstkritisch reflektieren: ihr eigenes theatralisches Gehabe, ihre neurotische Ungeduld, ihre Auffassungsstörungen und Begriffsstutzigkeit, ihre Kommunikationsstörungen im zwischenmenschlichen Bereich. Der Weg vom Ich zum Wir, den man geschritten ist, läßt sich konkret messen an der persönlichen Grundhaltung, die man zeigt. Revolutionäre Reden machen keine Revolution. Die Revolution wird einen neuen Menschentyp verlangen, an dessen Herausbildung wir ständig arbeiten müssen.

Michael Klein

K o m m e n t a r

zu den Äußerungen der WAHRHEIT:

"Angesichts der chronischen Mißverständisse einiger SEW-Schreiber und -mitglieder und anderer Traditionalisten bleibt mir nur, auf meinen Artikel über die Widersprüche in der APO (in der STREIK-Nr. von 883) auf auf den obenstehenden Artikel hinzuweisen.

Matthias Pfüller

IV. Veranstaltungen

Zur "Diskussion zwischen Robert Jungk und Ossip K. Flechtheim"

Die Diskussion über die Thesen und Fragen Robert Jungks, die er in einem kurzen Referat erläuterte, fand eine Zuhörerschaft, deren Zusamennsetzung ziemlich erheblich von der 'gewohnten' abwich. Vielleicht hing es damit zusammen, daß wenigstens zwei Drittel der zur Verfügung stehenden Diskussionszeit darauf verwandt wurden, R. Jungk nach seinen Meinungen über technologsche Entwicklungsperspektiven zu fragen. Vereinzelt klang das Problem an, wie denn in einer sozialistischen Gesellschaft diese Beziehung zwischen Technologie und sozialer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Veränderung wirksam werden könnte, obwohl Jungk ja auf die Verbindung von Selbstverwaltung und Technologie eingegangen war und auf mögliche Gefahren hingewiesen hatte.

Darin kam nicht nur die Unsicherheit der "Antiautoritären" in den Fragen des technischen Fortschritts und seiner Auswirkungen zum Ausdruck, wie man vermuten könnte, sondern auch die Schwierigkeit, den Mythos zu entzaubern, die legendäre "Schwierigkeit" der Probleme als bloßen Schein zu zeigen, der der Technologie und den Technologen zuerkannt wird und den sie häufig bewußt um sich verbreiten. Es gelang nicht (oder nur in Ansätzen), klar zu machen, daß die Art und Weise der Technologen, um nicht zu sagen: der Technokraten, die Probleme der Entwicklung anzugehen und zu beschreiben, teilweise am Wesentlichsten vorbeigeht, weil sie, um schneller, besser vorwärtszukommen und cher Ergebnisse vorzuweisen. Solche wesentlichen Punkte wären z.B.: die Finanzierung von Projekten, die das, was bisher in solcher Richtung getan wurde, als Unfug verwerfen würden; das Problem der Verwirklichung mancher Projekte, die die soziale Lage, den eingefrorenen status quo nachhaltig verändern müßten, etwa, indem sie die Frage des Privateigentums neu zur Diskussion stellen; oder auch der Widerspruch, der zwischen der Verwirklichung mancher Projekte und dem Bestehen des Staates von heute und seines Militärs sehr rasch entstehen müßte.

Unter diesen Umständen war es fast zu erwarten, aber sicher schon symptomatisch, daß im letzten Drittel die Diskussion eine Wendung ins Unerwartete dadurch erhielt, daß einige neu hinzugekommene Diskussionsteilnehmer sich durch das Ausklammern solcher Fragenkomplexe "verarscht" sahen und - zu Recht - darauf hinwiesen, daß gerade bei denen, die solche Entwicklungen planen, technisch möglich machen und verwirklichen müssen, nämlich bei den Ingenieurstudenten, im Augenblick der Streikkampf einem Höhepunkt zustrebe und daß es notwendig sei, dort weiterzudiskutieren, und zwar auch über die Formen der Aktionen, die man unternehmen müsse.

Da sich gegen diese Auffassung Widerspruch erhob und eine Diskussion begann, die mit der alten nur noch indirekt im Zusammenhang stand, löste sich die Gruppe auf dem Podium auf und begann, diese neue Diskussion in intensiveren Einzelgesprächen aufzunehmen.

Matthias Pfüller

Thesen der Diskussion "Probleme repressiver Entsublimierung am Beispiel einiger antiautoritärer Gruppen

(C.Wolfgang Müller/Gunther Soukup, PH Berlin)

1. Wir stützen uns auf dreijährige Arbeit mit studentischen Gruppen innerhalb antiautoritärer Seminare außerhalb Berlins und mit Gruppen junger Werktätiger innerhalb antiautoritärer Zeltlager.

2. Diese Erfahrungen zeigen, daß die selbstbestimmende Tätigkeit in kleinen, quasi-autonomen Gruppen einem starken Beüdrfnis der Teilnehmer entspricht und daß gleichzeitig die Fähigkeit, den Gruppenverband als ein Instrument selbstbestimmter Aktivität benutzen, unterschiedlich (und in den meisten Fällen unter-)entwickelt ist.

3. Den breit gestreuten empirischen Untersuchungen und theoretischen Reflexionen über Gruppenstrukturen und Gruppenprozesse ist zu entnehmen, daß Gruppen in der Regel die Probleme ihrer Mitglieder verstärkt widerspiegeln. Gruppen können dabei schlecht ein repressives Instrument der Anpassung des Einzelnen an die Normen und Werte der Gruppenmehrheit durch Gruppendruck sein, wie ein emanzipierendes Instrument des Widerstandes der Gruppenmitglieder gegen die Anpassungsforderungen der Umwelt.

4. Die Vorstellung traditioneller Reformpädagogen und ihrer gegenwärtigen Befürworter, jede Gruppe, die aufgrund starker Motivationen ihrer Mitglieder und einen gemeinsamen, verbal geäußerten Zielsetzung zustande kommt, sei damit gleichsam naturnotwendig ein soziales Instrument der Emanzipation ihrer Mitglieder von vorgegebener Fremdbestimmung zur Selbstbestimmung, erweist sich als zu undifferenziert und naiv.

5. In den uns bekannten antiautoritären Gruppen hat sich nach einem meist sehr kurz-phasigen Autoritäts-Vakuum sehr schnell eine informelle Hierarchie (Hackordnung!) herausgebildet, deren Träger meist erfolgreich verhindern, daß ihr Machtanspruch und ihre Herrschaftsausübung von den anderen Gruppenmitgliedern diskutiert und kontrolliert wird.

6. Diese häufig schmerzvolle Erfahrung, daß 'naturwüchsige' Gruppen bei aller theoretischen Einsicht und allem guten Willen Formen irrationaler Herrschaftsbegründung (= häufig als Appell an die im politischen Kampf notwendige Solidarität aller Gruppenmitglieder formuliert) verdoppelt, hat dazu geführt, daß in vielen Fällen Gruppenbildung, Arbeitsteilung, Delegation von Leistungsfunktionen usw. überhaupt abgelehnt wird und ein interventionsfreier 'Laisses-faire-Stil' als idealtypisch für antiautoritäres Verhalten angesehen wird.

7. Auf dieses verständliche und vielleicht auch notwendige Durchgangsstadium in der Einschätzung der Möglichkeit von Gruppen-Solidarität als Instrument des politischen Kampfes und der ihn begleitenden Bewußtseins-Entwicklung scheint uns der Terminus der "repressiven Entsublimierung" (Reimut Reiche) zuzutreffen.

"Repressive und kontrollierte Entsublimierung bezeichnet einen gesellschaftlichen Zustand, wo das kulturell bereits erreichte Sublimationsniveau herabgesetzt, die Sublimierung der Individuen kollektiv aufgelöst und die Sublimierungsfähigkeit individuell nur noch rudimentär ausgebildet wird. Diese Entsublimierung ... besteht in erster Linie im Abbau der Ich-Leistungen, von denen aus das Individuum überhaupt erst über seinen Triebapparat verfügen könnte, von denen aus es entscheiden könnte, welche Triebanteile es verdrängen muß, welche es umwandeln kann oder welche es offen zulassen will.

Diese Umwandlung der Person ist in erster Linie ein Umwandlungsprozeß der Abwehrmechanismen, die dem Ich zu Gebote stehen; sie sind alle durch eine Regression auf infantile Weisen des Agierens und Reagierens gekennzeichnet" (Reimut Reiche, Sexualität und Klassenkampf, Frankfurt, Verlag Neue Kritik, 1968, S. 138, 139).

8. Der politische Kampf erfordert die Fähigkeit des Individuums zu überindividuellem Handeln im Gruppenverband (Solidarisierung), ohne daß in diesem Gruppenverband die Repressions-, Frustrations- und Regressions-/Aggressions-Mechanismen verdoppelt werden, die Teil des gegenwärtigen Herrschaftsapparates sind.

   Es scheint so, als ob dieser Forderung nur in Gruppen entsprochen werden könnte, deren Mitglieder ein ausreichendes Ich-Ideal und eine ausreichende Ich-Stärke entwickeln konnten. Ich-Stärke und Ich-Ideal sind jedoch in der Regel Ergebnisse gelungener nicht-autoritärer Sozialisierungsprozesse in Elternhaus und Schule.

9. Die Schwierigkeit, die Ergebnisse derartiger Erziehungsprozesse als Emanzipationsprozesse zu Voraussetzungen dieser Prozesse machen zu müssen, kann wahrscheinlich nur dadurch bewältigt werden, daß die Gruppenmitglieder selbst Kriterien der Kontrolle des Gruppenprozesses entwickeln, die sowohl Herrschaft unter den Deckmantel anti-autoritärer Solidarität als auch radikalen Abbau der kulturellen Fähigkeit von Individuen, in Gruppen arbeitsteilig zu handeln, verunmöglicht.

10. Die Kontrolle in Form von psychoanalytischen Gruppentherapie-Sitzungen ist offensichtlich ungeeignet, weil die Gefahr besteht, daß sich "die psychisch stabilere (gesündere) Hälfte der Gruppe auf Kosten der psychisch labileren saniert, indem sie auf diese ihre eigenen Verdrängungen und Reaktionsbildungen überträgt". (Reimut Reiche, Sexualität, a.a.O., S. 154).
    Die Kontrolle in Form gruppendynamischer Selbsterfahrung im Sinne der Gruppendynamik erscheint uns eher angemessen, um von anti-autoritären zu nicht-autoritären Gruppenprozessen fortzuschreiten, ohne die politische Kampfkraft der Gruppe zu schwächen.

A u f r u f

Die Klassenjustiz macht sich mehr und mehr zum Erfüllungsgehilfen für Axel Springer. Zur Zeit laufen wieder verstärkt Springer-Prozesse an. Für eine entsprechende Strategie ist es wichtig, genau über Art, Umfang und Inhalt der Prozesse Bescheid zu wissen. Wir möchten daher alle Betroffenen bitten, sich mit dem RC-Sekretariat (Tel.: 883 40 75) in Verbindung zu setzen, damit entsprechende Angaben gesammelt und zentral ausgewertet werden können. Alle Betroffenen sind aufgefordert, unter der angegebenen Telefon-Nr. kurz Bericht zu erstatten.

Michael Bochme
RC-Sekretariat

Veranstaltungskalender

Donnerstag, den 29. Mai 1969 - 20 Uhr
Öffentliche Sitzung des DELEGIERTENRATES

Donnerstag, den 29. Mai 1969 - 20 Uhr
URSACHE, BILANZ und PERSPEKTIVE des STREIKS der INGENIEURSTUDENTEN
Diskussion mit Vertretern des STREIKRATS .

Freitag, den 30. Mai 1969 - 20 Uhr
ZUR STRATEGIE und ORGANISATION der SOZIALISTISCHEN OPPOSITION -
1. REPUBLIKANISCHER CLUB - Diskussion mit Vorstand, Delegiertenrat u.a. (siehe Seiten 1 - 10 dieses BULLETINs).

Montag, den 2. Juni 1969 - 20 Uhr
VOLLVERSAMMLUNG des AK der KINDERGARTNERINNEN

Mittwoch, den 4. Juni 1969 - 20 Uhr
VOLLVERSAMMLUNG des AKTIONSRATES ZUR BEFREIUNG DER FRAU

Donnerstag, den 5. Juni 1969 - 20 Uhr
ZUR FUNKTION von LINKEM JOURNALISMUS - Diskussion mit Vertretern der ROTEN PRESSE KORRESPONDENZ (Solveig HIRLER, Hermann v. ROHDE u.a.)

Freitag, den 6. Juni 1969 - 20 Uhr
ZUR STRATEGIE und ORGANISATION der SOZIALISTISCHEN OPPOSITION -
II. BASISGRUPPEN

Sonntag, den 8. Juni 1969 - 20 Uhr
STRATEGIE und ORGANISATIONSKONZEPT der ROTEN GARDEN - Diskussion mit Vertretern der ROTEN GARDE (ob die Veranstaltung stattfindet, ist noch nicht ganz sicher, da die ROTEN GARDEN noch nicht definitiv zugesagt haben).

Montag, den 9. Juni 1969 - 20 Uhr
ENTWICKLUNG der KPD in der WEIMARER REPUBLIK und AUFARBEITUNG DURCH DIE SEW - Diskussion mit Vertretern des Arbeitskreises STALINISMUS und REVISIONISMUS (Kurt JOHANNSON, Klaus HERRMANN u.a.)

Mittwoch, den 11. Juni 1969 - 20 Uhr
VOLLVERSAMMLUNG des AKTIONSRATES ZUR BEFREIUNG DER FRAU

Freitag, den 13. Juni 1969 - 20 Uhr
ZUR STRATEGIE und ORGANISATION der SOZIALISTISCHEN OPPOSITION -
III. HOCHSCHULSEKTOR

Samstag, 14. Juni 1969 - 20 Uhr
Zur SITUATION der TECHNISCHEN INTELLIGENZ - Diskussion mit Vertretern des AK "ANGESTELLTE UND TECHNISCHE INTELLIGENZ" (AUTOMATION).